

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 4.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482 Geschäftsinserate pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, 20. Februar 1904.

Verlag:

A. Lohrberg, Hannover, Steintorstraße 6.  
Verantwortlicher Redakteur:  
August Brey, Hannover, Schillerstraße 5.  
Druck von Dörnte & Löhner, Hannover.

13. Jahrg.

## Der Ausbau unserer Organisation.

Anknüpfend an den Artikel in Nr. 2 unseres Verbandesorgans bemerke ich folgendes: Ehe wir die Gaueninteilung hatten und nur einige Agitationskommissionen besaßen, konnten wir feststellen, daß sich von einem Verbandstag bis zum anderen unsere Mitgliederzahl verdoppelte. Unterstützungsstellen hatten wir so gut wie keine, auf dem Verbandstag zu Kassel tauchte zum erstenmal die Frage auf: Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Dasselbe geschah zwei Jahre später in Halberstadt, trotzdem hatte sich unsere Mitgliederzahl wieder verdoppelt. Zwei Jahre später auf dem Verbandstag zu Offenbach gab der Vorsitzende bekannt, daß innerhalb zwei Jahren 44 337 Mitglieder unserem Verband beigetreten waren und 42 002 uns wieder den Rücken gekehrt hatten; also an Agitation und an Erfolg fehlte es nicht und ob das Resultat ein anderes wäre, wenn die Hälfte der Gauvorsitzenden besoldet wären, darüber könnten wir uns streiten. Nun geht auch ein großer Teil von den kleinen Zahlstellen wieder zugrunde, welches auch die besoldeten Kollegen nicht ändern würden. Geringer arbeiten die großen Zahlstellen glänzend, wo nicht der Ehrgeiz zerstörend wirkt.

Ich möchte nun die Aufmerksamkeit auf etwas anderes lenken. Die großstädtischen Arbeiter sind nun wohl etwas aufgeklärter, aber das ist noch nicht ausschlaggebend, denn wenn sich die Gelegenheit findet, daß eine gegenseitige Aussprache stattfinden kann, sind die kleinstädtischen Arbeiter leicht zu gewinnen, sie suchen Hilfe und denken sie in der Organisation zu finden, aber das, was sie bedürfen, finden sie nicht und sie ziehen sich wieder zurück. Also hier müßte die Ursache zu finden sein: Die großstädtischen Arbeiter haben sich einen Einblick in die sozialpolitische Gesetzgebung verschafft, es sind viele Vertreter in Krankenkassen, sie fungieren auch als Vertrauensmänner bei Unfallsachen. Dieses Verständnis veranlaßt sie, verschiedene Verbesserungen anzustreben; was nicht bei den Krankenkassen geschafft werden kann, wird auf fakultativen Wege in den Zahlstellen durch einen kleinen Lokalbeitrag eingeführt. Dieses führt zu einem festen Stamm von Mitgliedern, welche auch dann imstande sind, Opfer zu bringen für ihre Mitarbeiter und Kollegen.

Dies alles geht dem kleinstädtischen Arbeiter verloren; wenn auch nun wirklich Vertreter in den Betriebskrankenkassen gewählt sind, dürfen sie gar nicht versuchen, ihre Ansichten über Verbesserungen zu äußern, sonst fliegen sie aufs Straßengpflaster. In den Gemeindefrankenkassen hat überhaupt kein Arbeiter Sitz und Stimme, dies ist vollständig ausgeschlossen, hier hat nur die Ortsbehörde zu raten und zu taten.

Hier weist unsere Organisation eine Lücke auf, die wir müssen auszufüllen suchen; wenn nun das, was die großen Städte fakultativ eingeführt haben, auf obligatorischem Wege eingeführt wird und der Extrabeitrag, der dort erhoben wird, von sämtlichen Verbandsmitgliedern als Verbandsbeitrag mit bezahlt wird, dann könnten wir eine Krankenzuschußkasse einführen und wir könnten unseren geplagten Kollegen, die da 4,50 Mk., im günstigsten Falle 7,50 Mk. bekommen, etwas helfen und wenn die Unterstützung auch nur minimal ist. Bei dem Versuche, sich selbst zu helfen, fallen die Kollegen den Schwindelfassen in die Arme und wenn sie wirklich mal in die Lage kommen, etwas zu fordern, dann sind in den Statuten so viele Klauseln eingestellt, daß sie nichts bekommen. Oft müssen sie noch drei Monate Beitrag bezahlen, weil die Kasse bankrott geworden ist. Im Interesse dieser Armen sollten die großen Zahlstellen nicht immer gegen die Unterstützungsstellen stimmen, die sie selbst schon haben.

Nun noch ein Wort über die Anstellung der Gauvorsitzenden. Wenn wir denn einmal soweit sind, dann mögen auch die Anstellungen vom Verbandsvorstande geschehen; geschieht es so, wie der Artikelschreiber es wünscht, würden wir manche böse Erfahrung machen, wo Schreiber dieses vor warnen möchte. Wir haben die Probe aufs Exempel gemacht und können aus Erfahrung sprechen, wir werden auch, wenn es gewünscht wird, mit Beweisen dienen können.

G. Pannicke, Magdeburg.

Es ist nicht Sache der Gewerkschaftsorganisation, sich auf dem Gebiete der Krankenversicherung zu betätigen, so lange sie noch keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hat. Daher weist unsere Organisation

auch keine Blöße auf, wenn sie Leistungen nicht bietet, welche in das Gebiet der Krankenversicherung eingreifen. Mit ganz verschwindenden Ausnahmen haben unsere Kollegen in den größeren Orten durch Einrichtungen des Verbandes keinen Zuspruch zum Krankengeld. Wenn bei Anstellung von Personen so verfahren würde, wie der Artikelschreiber es wünscht, so würden wir keine bittere Erfahrung machen, denn dieser unterstellt nicht, daß die Zahlstellen Gauvorsitzende besoldeten sollen und macht seinen Vorschlag nicht für alle Zahlstellen! Ja, wie er ausdrücklich hervorhebt, „noch nicht einmal für relativ große Zahlstellen.“ Die Erfahrungen, die in Magdeburg gemacht wurden, bei welchen auch die fakultative Arbeitslosenunterstützung in Frage kommt, die eben so ruhmlos auf die Finanzgebarung gewirkt hat, als die Anstellung eines Kollegen, scheiden da als Beweis vollständig aus.

Die Redaktion.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Börse und Syndikate. — Petroleumkrieg? — Die Produktionsstatistik 1903 für Kohle und Eisen. — Die Bedeutung der Arbeitsmarktziffern.

Es ist für die letzten vierzehn Tage kaum viel Hervorhebendes zu verzeichnen. Die Börse flaute stark ab, weil die Entwidlung in Ostasien ein immer ernsteres Gesicht annahm. Die Hoffnungen auf die Gründung eines deutschen Stahlwerkverbandes scheinen fast weiter als je von der Erfüllung entfernt, trotz der befreundeten Ermahnungen seitens des preussischen Finanzministers von Rheinbaben; große Werke des Westens, wie Krupp und der Bochumer Verein, ferner die schlesischen Hütten sollen sich noch immer schärf ablehnen verhalten; zwischen den Eisen- und Stahlwerkzeugen auf der einen Seite, den Betrieben für Schienen- und Eisenbahnmateriale auf der anderen Seite sollen sich hier unüberbrückbare Gegensätze erheben. Auch sonst hat sich manche Reibung bei der Syndikatsbildung herausgestellt, die im abgelaufenen Jahre so glatt und rasch vor sich ging. So verlief am 18. Januar die Versammlung wegen Erneuerung des Kalifonds erfolglos. Inzwischen muß man abwarten, was hier vorübergehender Zwischenfall und was dauerndes Ergebnis ist.

Dagegen haben die an dieser Stelle öfter erwähnten Rivalitäten in der Petroleumgewinnung einen weithin sichtbaren Ausdruck in der Gründung der „Deutschen Petroleum-Aktien-Gesellschaft“ erhalten. Obwohl weiß man freilich über die hier sich regenden Bestrebungen nicht; es handelt sich um eine finanzielle Trustgesellschaft, die mit 20 Millionen Mark Kapital ausgestattet ist; die Führung fiel der, an der rumänischen Petroleumindustrie stark beteiligten Deutschen Bank zu, aber fast die gesamte Berliner Hochfinanz gab ihren Segen zu dem Werk. Ist das die beginnende Emanzipation von Rockefeller und dem amerikanischen Monopol, oder ist es gerade die künftige Ausschaltung einer allmählich erstarrenden freien Konkurrenz? Spielen vielleicht auch landespolitische Erwägungen mit? Rumänien's Produktion ist zwar heute noch klein; mit ihren 350 000 Tonnen fällt sie fast kläglich ab gegen die 10 Millionen Tonnen Amerikas. Aber sie ist im Vordringen gegen die ausländischen Märkte; über Regensburg erhielt Deutschland 1898 2,12 Millionen Kilogramm rumänisches Petroleum; 1902 jedoch 4,94 und 6,06 Millionen Kilogramm Petroleum und Kohlenzinn. Daneben ist die russische Einfuhr erstarbt, und kapitalstärkige Unternehmungen bemühen sich, die Verbindungen mit Rußland immer enger zu gestalten. Im Hannoverischen bohrt man und bohrt man, ein wahres Erdölfever ist zum Ausbruch gekommen; freilich trotz der Versicherung des Handelsministers Möller steht mancher nur ein neues deutsches „Delheim“ kommen. Immerhin ist ein Einbruch in den Rockefeller'schen Ring möglich, und Rumänien käme noch seine billigeren Seefracht zugute — nach Hamburg 4,95 Fikts., für den amerikanischen Wettbewerb 7,07 Fikts. Die Standard Oil Company rüstet sich offenbar auch zum Kampfe und man wird gespannt sein dürfen, was das Ende vom Viere ist: neue, umfassendere, internationale Verschmelzung und Verständigung oder wirklicher, preisermäßigender Wettbewerb.

Da jetzt die deutschen Produktionsziffern im Jahre 1903 sowohl für die Kohle wie für Eisen vorliegen, so mögen sie hier sich anschließen.

Die Kohlenförderung im Deutschen Reich stellte sich im ganzen Jahre 1903 an Steinkohlen auf 116 664 376 Tonnen (i. B. 107 443 534 Tonnen), an Braunkohlen auf 45 955 558 Tonnen (43 313 122 To.), an Koks auf 11 504 259 Tonnen (9 207 796 Tonnen) und an Bricketts auf 10 476 170 Tonnen (9 214 226 To.). Der größte Anteil der Förderung entfällt selbstverständlich auf Preußen und zwar an Steinkohlen mit 108 989 879 Tonnen (100 260 529 Tonnen), an Braunkohlen mit 38 460 232 Tonnen (36 276 165 To.), an Koks mit 11 446 632 Tonnen (9 145 606 Tonnen) und an Bricketts mit 9 173 681 Tonnen (8 111 319 To.). Die demnächst höchsten Ziffern erreicht Sachsen und zwar für Steinkohle mit 4 698 433 Tonnen (4 615 745 To.) und für Braunkohle mit 1 828 159 Tonnen (1 741 585 To.). Die Einfuhrziffern zeigen ebenso wie die Ausfuhrziffern gegen das Vorjahr keine erhebliche Veränderung, nur die Ausfuhr von Koks hat sich wesentlich gehoben, während die Ausfuhr von Kohlen gegen das Vorjahr nur mäßig gewachsen ist. Es wurden ausgeführt an Steinkohlen 17 388 149 Tonnen (16 101 141 Tonnen), an Braunkohlen 22 499 Tonnen (21 766 To.), an Koks 2 525 136 Tonnen (2 182 382 To.) und an Preß- und Torfstohlen 895 145 Tonnen (697 799 To.). Dagegen belief sich die Einfuhr an Steinkohlen auf 6 766 513 Tonnen (6 425 658 To.), an Braunkohlen auf 7 692 123 Tonnen

(7 882 010 To.), an Koks auf 432 819 Tonnen (362 488 To.) und an Preß- und Torfstohlen 84 635 Tonnen (81 854 To.).

Für Roheisen weist die Statistik des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Jahre 1903 eine Gesamtproduktion von 10 085 634 Tonnen nach gegen 8 402 660 Tonnen im Jahre 1902 und 7 300 735 Tonnen im Jahre 1898. Von der Gesamtzeugung des Jahres 1903 entfällt erheblich über die Hälfte — 6 277 777 Tonnen — auf die Herstellung von Thomasroheisen, demnächst sind 1 798 773 Tonnen Siebereisenerzeugnisse hergestellt, der Rest verteilt sich auf 859 253 Tonnen auf Puddelroheisen, 703 130 Tonnen auf Stahl- und Spiegeleisen und 446 701 Tonnen auf Bessemerroheisen. Nach Bezirken der Erzeugung geordnet steht Rheinland-Westfalen mit 39,8 Prozent an der Spitze der Gesamtproduktion, dem aber Lothringen-Luxemburg (31,9 Prozent) und der Saarbezirk (7,3 Prozent) mit zusammen 39,2 Prozent fast gleichkommen; auf Schlesien entfällt 7,5 Prozent, auf das Siegerland mit dem Ruhrbezirk und Hessen-Nassau 7,1 Prozent, der Rest von 6,4 Prozent verteilt sich auf das übrige Deutschland.

Da wir zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage sehr oft die verdienstvollen Dr. Jastrowski'schen Arbeitsmarktziffern herangezogen, so halten wir es für geboten, auch auf eine neuere Kritik solcher statistischer Berechnungen hinzuweisen (von Dr. W. Leo in der „Sozialen Praxis“ vom 21. und 28. Januar). Dr. Leo weist zunächst darauf hin, daß der Wirkungsbereich der berichtstättenden Arbeitsnachweise zu wenig ausgedehnt ist, um aus seinen Spezialergebnissen weitergehende Schlüsse auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu gestatten. Die Vermittlung, die durch die in Frage kommenden Arbeitsnachweise erfolgt, sei nur ein ganz geringer Teil der Arbeitsvermittlung überhaupt; Unschau, Annonce, gewerbmäßige Stellenvermittlung seien ganz verschiedenartig ins Gewicht; ganz bedeutende Industrien bedienten sich überhaupt kaum der Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise; das gelte besonders von der Eisen-, vor allem von der Metall- und Maschinenindustrie. Ähnlich stehe es bei einer Reihe anderer Berufsweige. Die chemische Industrie, der Bergbau, die Textilindustrie bedienen sich der öffentlichen Arbeitsnachweise nur in sehr geringfügiger Maße. Was die öffentlichen Arbeitsnachweise in der Hauptsache vermitteln, sind einmal Stellen für ungelernete Arbeiter, sodann vor allem mehr handwerkliche Stellen, wie z. B. Stellen für Maurer, Töpfer, Glaser, Buchbinder, Maler, Tischler, Klempner, Schlosser, ferner Knechte, Dienstmädchen, Hotelpersonal usw. Es sind dagegen gerade in Industriegebieten nicht speziell die Arbeiter der Großindustrie, welche durch die öffentlichen Arbeitsnachweise hindurch gehen, und ist es deshalb unzulässig, aus den Zahlen der öffentlichen Arbeitsnachweise und aus der Verhältniszahl von Nachfrage und Angebot bei diesen ohne weiteres auf die Lage des deutschen industriellen Arbeitsmarktes zu schließen.

Sinen zweiten Vorbehalt haben wir selber öfter gemacht: Die Kurve des Mißverhältnisses zwischen Stellenangebot und Stellenfrage bewegt sich durchaus nicht parallel der wirklichen Arbeiterbedürfnisse. Ist die Not am größten, so geht der Arbeiter gar nicht mehr zum Arbeitsnachweis; er klammert sich kampfhafte an seine noch so schlecht bezahlte Stelle, erachtet also gar nicht erst als Arbeitsuchender in der Statistik, während in der guten Zeit vielleicht mancher Arbeit sucht, um sich zu verbessern. Es ist schon im ersten Heft des Reichs-Arbeitsblattes angeführt worden, daß, sobald die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ganz schlecht werden, der Arbeiter gar nicht erst zum Arbeitsnachweis geht, weil er weiß, daß er keine Stelle dort findet. Bei sehr schlechter Lage bleibt also die Nachfrage weg, sie wird latent. Umgekehrt im Moment, wo die Lage sich bessert, wo wieder Aussicht ist, eine Stelle zu erhalten, da tritt die Nachfrage stürmisch hervor. Im ersten Falle sinkt nun die Verhältniszahl im zweiten steigt sie. Die Verhältnisberechnung steht hier also im diametralen Gegensatz zur Wirklichkeit. Vielleicht dürfen wir hier gleich einen weiteren Vorbehalt einfügen, den wir neulich in der Arbeiterpresse fanden: die Kritik hemmt stets die Zuanwanderung zum Lande nach der Stadt, sie ruft sogar ungefehrt eine Abwanderung nach dem Lande hervor. Inwieweit Spiegelbild also gerade die zunehmende Krise wieder in einer Abnahme der Stellungsuchenden, da gerade von solchen Sichten die Vermittlung der Arbeitsnachweise stark in Anspruch genommen werden dürfte. Endlich betont Dr. Leo, daß auch ganz willkürliche Neuerschätzungen das Bild vollständig verzerren können. Es ist gefagt worden, der Leiter eines Arbeitsamtes könne die Zahlen so machen, wie er sie haben wolle. Soviel ist zweifellos, daß, wenn beispielsweise heute das Münchener Arbeitsamt in den Münchener Neuesten Nachrichten inseriert: „Puhler gesucht“, morgen große Nachfrage von Puhlern ist, wenn es dagegen inseriert, „für Puhler keine Stellen“, sich morgen niemand meldet. Von dieser Möglichkeit wird aber aus praktischen Gründen seitens der Arbeitsämter weitgehender Gebrauch gemacht.

Damit sind die unbeitragsbaren Verdienste Dr. Jastrowski's um die deutsche Arbeitsmarktziffern natürlich in keiner Weise verkleinert. Niemand gibt mehr, als er unter den für ihn unabänderlichen Verhältnissen geben kann; und zudem zieht Dr. Jastrowski weiteres, ergänzendes und berichtendes Material (der Krankenkassen, der Berufsvereinigungen) in großer Reichhaltigkeit heran, und vor allem hat er das Verdienst, ein vor ihm wenig betretenes Gebiet systematisch bearbeitet und gepflügt zu haben. Aber man tut auch hier, wie bei allen Ziffern, gut, sich der Einschränkungen bewußt zu bleiben, mit der solche Statistiken und Vergleiche zu gebrauchen sind.

Berlin, 1. Februar 1904.

Max Schippel

## Soziale Rundschau.

— Enquete über die Petroleum-Industrie. Blättermeldungen zufolge hat der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, unter Hinweis auf die in Nord-



Amerika beobachteten spezifischen Erkrankungen von Arbeitern in Betrieben zur Gewinnung oder Verarbeitung von Rohpetroleum die Bundesregierungen ersucht, durch Erhebungen in den einzelnen Staatsgebieten feststellen zu lassen: 1. ob, wo und in welcher Anzahl Betriebe zur Gewinnung oder Verarbeitung von Rohpetroleum bestehen; 2. von welcher Zusammensetzung das dortige Rohpetroleum ist; 3. wie hoch sich die Zahl der mit dem Rohpetroleum in Verbindung kommenden Arbeiter beläuft; 4. in welcher Weise das Rohpetroleum gewonnen oder bearbeitet wird; 5. ob Erkrankungen beobachtet sind, die auf die Einwirkungen des Rohpetroleum zurückzuführen waren; zutreffendfalls, von welcher Art diese Erkrankungen waren, wie lange sie gedauert und welchen Ausgang sie genommen haben; 6. ob und wo aus Anlaß solcher Erkrankungen besondere Schutzmaßregeln bisher vorgeschrieben worden sind. Außerdem ist den Bundesregierungen anheimgegeben, den Gewerbeaufsichtsbeamten die besondere Beobachtung von Betrieben der bezeichneten Art aufzutragen.

## Vom sozialen Kampflage.

Arbeitseinstellungen sind in Regen und Raumburg ausgedrungen. Zugzug nach diesen Orten ist fernzuhalten.

Regen. Der Anschluß an den Verband hat hier zu einer Arbeitseinstellung geführt. Es ist die Leitung der Rodenstodischen Fabrik, die sofort bei der Gründung unserer Zählstelle der letzteren den Krieg erklärte. Die Verbandsleitung wehrte sich energisch gegen die Einstellung der Arbeit. Sie beauftragte den Kollegen Gammel, die Verbandsgenossen dahin zu befehlen, daß sie selbst bei den Entlassungen von der Einstellung der Arbeit Abstand nehmen müßten, und empfahl den Versuch, durch Verhandlungen die Differenzen zu begleichen. Da letzterer Versuch fehlschlug, wurde die Einstellung der Arbeit beschlossen. Zur Kennzeichnung der Zustände auf der Rodenstodischen Fabrik mögen folgende Proben aus der Fabrikordnung dienen:

1. Jeder Arbeiter hat 10 Minuten vor Beginn der Arbeit die Eingangspforte zu passieren und seine Kontrollmarke dem dafür bestimmten Platz zu entnehmen. Wer 5 Minuten vor Beginn der Arbeit die Eingangspforte noch nicht passiert hat, wird bestraft.

2. Alle für den folgenden Tag benötigten Materialien oder Werkzeuge werden nach Schluß der Arbeit abends verpackt. Die in der Vorkleiderlei beschäftigten Arbeiter haben insbesondere den benötigten Sand nach der regelmäßigen Arbeitszeit vom Lagerplatz an die Verbrauchsstelle und ebenso den verbrauchten Sand nach dem dafür bestimmten Lagerplatz zu bringen.

3. Nach Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit hat jede Abteilung mit ihren Leuten, die vom Vorarbeiter im Turnus bestimmt werden, dieselbe zu lehren und gründlich zu reinigen und alles für den Beginn der Arbeit am nächsten Tage zu ordnen.

4. Kein Arbeiter darf den ihm angewiesenen Platz verlassen oder durch andere Räume gehen, wenn es nicht seine Arbeit erfordert und derselbe von der Aufsicht die Erlaubnis dazu hat.

Außer diesen Bestimmungen aber hat die Firma Lohnsätze für erwachsene Arbeiter, die einer Kritik spotten. Für erwachsene männliche Arbeiter wurden bezahlt: Für einen Wochenverdienst 8,35 Mk., 9,94 Mk., 11,74 Mk., 12,30 Mk. und im Höchstfalle 15,20 Mk. Dieser Mann ist bereits mehrere Jahre in diesem Geschäft tätig. Ein durchaus fleißiger und braver Arbeiter, Vater von 7 Kindern, ist noch nie über 10 Mk. Wochenlohn hinausgekommen. Wie 9 Personen mit einem solchen Verdienst überhaupt noch bestehen können, ist einfach unbegreiflich, umso mehr, als die Lebensverhältnisse von Regen auch nicht billig genannt werden können. Wie Arbeiterinnen dortselbst verdienen, erhellt aus folgenden Zahlen. Für einen Wochenverdienst: 4,93 Mk., 5,25 Mk., 6,38 Mk. usw. Doch auch Gerechtigkeit soll walten, eine Arbeiterin hat es auf 10,45 Mk. gebracht, ja nach persönlicher Aussage des Herrn Rodenstod eine Arbeiterin auf 22 Mk. Damit aber widerlegt der Herr die miserabelsten Löhne nicht.

Die Arbeiter fordern nun:

1. Einem Verein angehören zu dürfen, der durch das Gesetz erlaubt ist, und daß niemand, der in diesem Verein Mitglied ist, aus der Fabrik entlassen werden darf.

2. Für erwachsene männliche Arbeiter ist im ersten Jahre ein Tagelohn von 2 Mk. festzusetzen, der jedes Jahr um 10 Pf. bis zum Betrage von 2,50 Mk. steigt.

3. erwachsene weibliche Arbeiterinnen erhalten im ersten Jahre 1 Mk. und steigt der Lohn jährlich pro Tag um 10 Pf. bis zu 1,50 Mk.

Bei Afordarbeiten der männlichen und weiblichen Arbeiter darf der Aford nicht unter den Tagelohn gehen.

4. Für Afordarbeiten ist der bisherige Satz um 20 Prozent zu erhöhen.

5. Für Bruch oder Beschädigte Gläser soll nur der für jedes Glas festgesetzte Arbeiterlohn in Abzug gebracht werden.

6. An hohen Feiertagen (Ostern, Pfingsten, Weihnachten) dauert die Arbeitszeit bis 4 Uhr nachmittags mit Bezahlung bis 6 Uhr abends.

7. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 25 Prozent Zuschlag vergütet.

8. Zur Schlichtung von Differenzen zwischen Fabrikleitung und der Arbeiterschaft wird ein Arbeiterausschuß von sieben Mann gewählt. Die Wahl geschieht mittels Stimmzettel und wird von den Arbeitern vorgenommen.

Herr Rodenstod ließ es wegen dieser Forderungen zu einer Arbeitseinstellung kommen! Damit hat er vor aller Welt seine Arbeiterfreundlichkeit in richtige Beleuchtung gerückt.

In Sakenbik traten die auf der Technischen Holzwarenfabrik J. Schaefer Söhne beschäftigten Arbeiter am 1. Februar in einen Streik ein. Die äußere Veranlassung war der Anschlag eines Plakates, dessen Inhalt besagte, die Arbeiter, welche streifen wollten, sollten gehen. Die Kollegen hatten zwar etwelche Forderungen formuliert, aber an eine Einstellung der Arbeit dachten sie bis zum Anschläge obigen Plakates nicht. Zu der gereizten Stimmung trug auch viel die Entlassung dreier Mitarbeiter bei, in welcher die Kollegen eine Maßregelung erblickten, während die Fabrikleitung öffentlich erklärte, sie habe die Entlassung in einem Fall wegen Trunkenheit und Unpünktlichkeit, im zweiten Falle wegen ungenügender Leistung und im dritten wegen unberechtigten Verlassens der Arbeitsstätte vorgenommen. Die Firma, die wohl einsehen mochte, daß ihr Plakat eigentlich so recht den Funken des Konflikts zur lodrenden Flamme angezündet hatte, machte bereits am zweiten Tage des Streiks ein Angebot, das aber nicht angenommen wurde, weil es neben Lohnerhöhungen auch Verschlechterungen für ungünstiger begahlte Kollegen enthielt. Es fanden am 6. Februar nochmals Verhandlungen statt. Nach deren Beendigung konnte die Kommission über folgende Punkte als angenommen berichten:

Die zehnstündige Arbeitszeit betreffend: War bereits vor Stellung der Forderung von Seiten der Firma festgesetzt;

der Lohnzuschlag von 10 Prozent für Arbeiter mit 30 Pf. Stundenlohn und darüber wird bewilligt, ebenso soll

ein Lohnzuschlag von 10 Prozent allen Arbeitern über 16 Jahre bewilligt werden, welche einen Stundenlohn unter 30 Pf. hatten (gefordert waren 15 Proz.); für Ueberstunden bis 10 Uhr abends wird ein Lohnzuschlag von 20 Prozent bewilligt; weitere Ueberstunden finden nicht statt.

Bessere Behandlung betreffend: Ist durch persönliche Aussprache belanglos geworden.

Anerkennung des Arbeiter-Ausschusses des eigenen Betriebes.

Anerkennung der Organisation betreffend: Bleibt den Arbeitern überlassen.

Der Verbandsvorsitzende Kollege Brey, der am Streikorte war, empfahl auf Grund des gemachten Angebots die Beendigung des Streiks. Bei der geforderten Lohnerhöhung bestimme eine Differenz von 5 Prozent, an der Erringung derselben dürfe der Friedensschluß nicht scheitern. Sonst seien alle Forderungen bis auf die Lohnerhöhung für die minderjährigen Personen und die Wiedereinstellung der Entlassenen erfüllt. Ein solcher Vergleich sei sicher einem längeren Streik mit fraglichem Ausgange vorzuziehen. Die Anwesenden beschlossen einstimmig die Beendigung des Streiks, unter der Annahme der gemachten Zugeständnisse. Mit einem Hoch auf die Organisation, der man den günstigen Abschluß verdanke, wurde die Versammlung geschlossen.

## Korrespondenzen.

Altona. In der Mitgliederversammlung vom 9. Februar wurden von Kollegen B. die Mißstände auf den Kassenböden bei Stücken u. anderen besprochen. Er rügte in scharfer Weise das Verhalten der dort beschäftigten Arbeiterinnen, die es nicht der Mühe wert erachten, zu ihrer Organisation zu halten und daher machtlos der Firma ausgeliefert sind. Den Kassenbericht zu der Kollege K. in ausführlicher Weise. Zu beachten ist, daß vom 1. März ab die Unorganisierten im Arbeiter-Sekretariat keine Auskunft mehr erhalten. Ferner wurde der Verfallung die Mitteilung gemacht, daß drei Unterhaltungsbesuche eingegangen sind und zwar von den Kollegen B., M. und Frau A. Die ersten beiden lämen aber nur im Betracht, da dieselben sich an den Bevollmächtigten gewendet haben. Ein Antrag, den Kollegen B. und M. 15 Mk. zu bewilligen, wurde angenommen. Ersterer spricht der Versammlung seinen Dank aus und erklärt, es gemessenhaft wieder rückzahlen zu wollen. Der Bevollmächtigte machte den Vorschlag, zur nächsten Versammlung den Gen. Krause über moderne Dichter vorzutragen zu lassen und hierzu die Frauen der Mitglieder einzuladen. Dieses fand Annahme. Abgelehnt wurde der Antrag des Kollegen L., der Lohnkommission in Hamburg wieder beizutreten. Kollege F. ersuchte die Kollegen, beim Wohnungswechsel den Hülfskassieren rechtzeitig die neue Adresse anzugeben.

Berlin. Sonntag, den 31. Januar, hielten wir eine außerordentliche Versammlung ab. Reichstagsabgeordneter G. Legien referierte unter großem Beifall über den Emanzipationskampf der Arbeiter. Der Kassenbericht wurde entgegen genommen. Alsdann referierte Kollege Weisse über den Punkt: Wie stellen sich die Mitglieder zu der verhassten Aufstellung eines Prämien für unsere Zählstelle. Er berichtete, aus welcher Veranlassung die Zeitung der Zählstelle den Mitgliedern diese Frage vorgelegt hat. Die Zählstelle Berlin hat einen bedeutenden Anschwung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl ist auf tausend angewachsen. Mit der Zahl der Mitglieder wachsen auch die Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis. Es kommen unbegründete Entlassungen, Maßregelungen, Lohnreduktionen und dergleichen vor. In Interesse der Mitglieder und in dem des Verbandes soll eingegriffen, vermittelt und verhandelt werden. Auch die Arbeiter, die aus der Zeitung und der Agitation sich ergeben, wehren sich in gleichem Maße wie die Mitgliederzahl wächst. Alle die Arbeiten nach Feierabend zu erledigen ist nicht möglich. Es muß die Arbeitszeit dazu verwendet werden. Das Fehlen an der Arbeitsstelle

bringt aber Unannehmlichkeiten für die Bevollmächtigten. Bei dem jetzigen ersten Bevollmächtigten trat aus vorgenanntem Grunde die Entlassung ein. Dieses in Verbindung mit der Notwendigkeit, eine noch rührigere Agitation zu betreiben, hat die Bevollmächtigten veranlaßt, die Frage der Anstellung zur Diskussion zu bringen. Die Anstellung soll versuchsweise auf 6 Monate erfolgen. Nach Ablauf dieser Frist hat die Zeitung einen genauen Bericht über die mit der Anstellung gemachten Erfahrungen zu geben. Die eingehende Diskussion zeitigte den Beschluß, eine Urabstimmung über die Anstellung entscheiden zu lassen. Eine Kommission von 3 Personen wurde mit der Leitung der Urabstimmung betraut.

Berlin. Eine Aufbesserung der Afordlöhne im Durchschnitt von 25 Prozent wurden nach friedlichem Verhandeln durch eine gewählte Kommission für die Schleifertkolonne (die sämtlich seit Jahren bei uns organisiert, ca. 20 Mann) der Firma Dobler-Berlin erreicht. Diese Lohnaufbesserung zeigt aufs neue, daß die seit Jahren mitunter recht hoch gewesenen Aforde, welche gemacht worden sind, nur dazu führen konnten, die in Frage kommenden Kollegen immer enger zusammen zu schließen, im festen Glauben, daß bei einem derartigen Vorgehen der Firma über kurz oder lang doch endlich einmal dem Fuß der Boden ausgeschlagen werde, sie selbst dazu schreiten müßten, unter Heranziehung des maßgebenden Faktors, der Gewerkschaftsorganisation, eine Regelung der Bezahlung zu erreichen. Die von Seiten der Kommission ausgearbeitete Lohnstabelle bedeutete, wie schon gesagt, eine Erhöhung der Afordlöhne von glatt 25 Prozent. Es braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß die seit Jahren dort beschäftigten Kollegen sich selbst die denkbar beste Zeit zu ihrem Vorgehen gewählt hatten, die Vorkarbeiten selbst so gründlich und eingehend besorgt waren, daß ein gänzlichliches Verrausgehen von vornherein ausgeschlossen war. Die Firma konnte nach Aufstellung der neuen Lohnstabelle selbst nach reichlicher Bedenkzeit auch nicht eine Position streichen oder auch nur reduzieren, somit wurde alles Beforderte bewilligt. Der Ausfall dieser Sache konnte und durfte von sämtlichen anderen Arbeitern des Betriebes nicht ignoriert werden, und so haben wir heute die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die ca. 150 Arbeiter, die seit Jahren, selbst bei verrigter Agitation, nicht für uns zu haben waren, neuerdings schon bis zur Hälfte unserem Verbande angehören, und hoffentlich können wir in absehbarer Zeit sagen, der gesamte Betrieb gehört zu uns.

Berlin. Sonnabend, den 6. Februar, tagte unsere Mitgliederversammlung im „Thüringer Hof“, welche gut besucht war. Es wurde eine Kommission von 10 Kollegen gewählt, welche bei Verhandlungen von Kollegen und deren Frauen, welche einer Begräbnisliste nicht angehören, als Träger fungieren sollen. Dann wurde die Maßregelung unserer beiden Kollegen Boigt und Zehnpfund eingehend besprochen und von der Versammlung beschlossen, einen Antrag auf Unterstützung beim Hauptvorstand einzubringen. Darauf hielt Gen. D. Wärtens einen Vortrag über Volkswirtschaftslehren. Der erste Bevollmächtigte ermunterte die Anwesenden, eifrig für unseren Verband zu wirken, denn die letzten Vorgänge auf den Deutschen Solbawerken haben uns gezeigt, wie not die Organisation tut. Bei härterer Beteiligung der Kollegen an der Organisation wäre es nicht möglich gewesen, daß man Arbeiter, welche ziemlich 15 Jahre auf den Werken gearbeitet haben, einfach entläßt, weil sie politisch und gewerkschaftlich organisiert sind.

Fechenheim. In der letzten Mitgliederversammlung unserer Zählstelle hielt Genosse Quint aus Frankfurt a. M. einen äußerst interessanten Vortrag über: „Idealismus in der gewerkschaftlichen Organisation“. Redner schilderte in treffender Weise unsere heutigen wirtschaftlichen Zustände, die es dem weniger Bemittelten nicht gestatten, erwünschten Anteil an den Darbietungen von Kunst und Wissenschaft zu nehmen. Eine Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation sei neben der Erzielung einer besseren Lebenshaltung der Arbeiter die Förderung und Pflege des geistigen Wissens und Könnens derselben. Mit der steigenden Bildung und Belehrung des Arbeiters wachse auch dessen Erkenntnis seiner sozialen Lage und das Bewußtsein der untergeordneten Rolle, die ihm im Zeitalter der kapitalistischen Produktion zugeteilt wird. Sein Anteil an der Schaffung der Werte genieße nicht die erwünschte Berücksichtigung beim Verteilen derselben an die Einzelglieder der gesamten Gesellschaft. Durch diesen Umstand seien ihm natürlich auch die Mittel und Wege, die zu einer höheren Bildungsstufe führen, wesentlich beschränkt und nur in wenigen Fällen sei es dem Arbeiter vergönnt, sich über eine Durchschnittsbildung empor zu arbeiten. Unverkennbar seien die Vorteile, die unserem gesellschaftlichen Organismus mit einer vermehrten Bildung und Aufklärung unter den breiten Volksmassen entstehen; ebenso würden Umfang und Ausdehnung von Vergehen und Verbrechen durch diese Faktoren günstig beeinflusst werden. Den Gewerkschaften bleibe es in erster Linie vorbehalten, in dieser Richtung fruchtbringend zu wirken und mehr und mehr Idealzustände zu schaffen an Stelle der heute noch vorherrschenden Anarchie, soweit allgemeine Volksbildung in Frage komme.

Geesthacht. Am 31. Januar tagte eine öffentliche Versammlung in Hammwürde. Hier legte die Kollegin Zieg den Anwesenden den Nutzen und Vorteil der Organisation klar. Die Arbeiter müßten sich organisieren, um bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen. Die Unternehmer seien Feinde der Arbeiterbewegung; lieber bewilligten sie einige Pfennige Lohn megar. Bei den Fortschritten der Technik und bei der aufreibenden Tätigkeit der Maschinenarbeit sei es aber für die Arbeiter höchst notwendig, eine kürzere Arbeitszeit zu erhalten. Rednerin glaubt, daß wohl jeder von den Anwesenden es am eigenen Körper schon gespürt, daß bei einer langen Arbeitszeit die Kräfte abnehmen und der Arbeiter in den letzten Stunden des Tages lange nicht so viel leisten kann, als am Anfang. Rednerin beleuchtet dann die Verhältnisse auf den Fabriken Krümmel und Düneberg. Die Arbeiter der ersten Fabrik haben ja zum Teil auskömmliche Löhne; es wäre aber ganz verkehrt, zu denken: „Warum soll ich mich um die Organisation quälen, mir geht es ja ganz gut.“ Der Arbeiter muß stets auf dem Posten sein, um das Errungene festzuhalten. Auf Düneberg, wo jeder Versuch der Arbeiter, sich zu organisieren, mit Entlassung bestraft wird, wohl eine Folge der Uneinigkeit der Arbeiter, sind die Löhne in den 25 Jahren des Bestehens der Fabrik nicht nur um keinen Pfennig gestiegen, sondern im Gegenteil in einigen Abteilungen sehr erheblich gefallen. Dies zeigt, daß die Unternehmer nie freiwillig, sondern nur gezwungen durch die Macht der Organisation die Löhne erhöhen. Die Furcht der Arbeiter ist leider schlimmer, als man sich vorstellen kann. Rednerin geht dann auf die Aussperrung in Geesthacht näher ein und zeigt, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter sich selber zusammenschließen gegenüber den vereinigten Unternehmern. Sie kritisiert dann das Verhalten der sämtlichen sogenannten Ordnungsparteien im Reichstage, wie nur die Sozialdemokratie energisch für die Arbeiter eintrete, und schließt mit einem Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen, denn jeder, der nicht mitarbeitet, trägt Schuld mit an den gegenwärtigen schlechten Zuständen. Reichdem Beifall wurde der Referentin Anteil. Nachdem Kollege Zieg die Anwesenden aufgefordert, die Worte der Kollegin Zieg zu beherzigen und sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, dabei die Leistungen des Verbandes erwähnen, sprach Kol. Zieg im Schlußworte den Wunsch aus, daß zu der nächsten Versammlung die Anwesenden ebenfalls ihre Frauen mitbringen möchten. Die Frau soll eine wahre Genossin und Gefährtin des



Mannes sein und damit sie eine würdige Genossin wird, sei es notwendig, daß sie sich ebenfalls um das allgemeine Leben kümmern. Der Verfall der Anwesenden zeugte dafür, daß sie mit den Ausführungen der Rednerin einverstanden waren. Nach Schluß der Versammlung ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen.

**Hamburg-Eimsbüttel.** In der Versammlung, die am 8. Febr. tagte, referierte Genosse Straube über: Die Darwinische Theorie. Dann erstattete Kollege Cramer den Bericht der kombinierten Vorstände, hieran anschließend wurde folgende Resolution verlesen: „Die heute am 8. Februar 1904 tagende Mitglieder-Versammlung der Fabrikarbeiter Eimsbüttel erklärt nochmals zur Reorganisation, von dem Beschlusse am 19. November 1903 nicht abgehen zu können, welcher lautet: Die Mitglieder der Zahlstelle Eimsbüttel stimmen im Prinzip der Anstellung besoldeter Beamter zu, und erklären, zu diesem Projekt nicht eher Stellung zu nehmen, als bis der nächste Verbandstag über die Arbeitslosenunterstützung entschieden hat. Ferner beschließt die heutige Versammlung, sollte der Verschmelzungsplan früher zur Verwirklichung gelangen, sich in diesem Falle nicht anzuschließen zu können. Sie fordert zur endgültigen Entscheidung in dieser Angelegenheit eine Urabstimmung sämtlicher Mitglieder der Zahlstellen Hamburgs.“ Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Dann wurde noch bekannt gemacht, daß die Gewerbegerichtsahlen voraussichtlich im März d. J. stattfinden, und jeder, der das Recht zu wählen hat, ersucht, sich hieran zu beteiligen.

**Hamburg-Rohrburgort.** Mitglieder-Versammlung am 3. Februar bei v. Eichen. Die Abrechnung vom 4. Quartal verliest Bönn; auf Antrag der Revisoren wurde demselben Bescheid erteilt. Bönn erklärte sich dann im Prinzip für eine Reorganisation unseres Kassensystems, hält aber die Zeit der Einführung und die Form für einen Mißgriff, welcher unserer Organisation nur Schaden brächte. In dem gleichen Sinne äußerte sich auch Schwarz. Es wurde dann folgende Resolution eingebracht: „In Anbetracht, daß mit Bestimmtheit darauf zu rechnen ist, daß auf dem diesjährigen Verbandstag die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unsere Organisation beschloffen, dadurch aber die Anstellung mehrerer besoldeter Beamten in Hamburg notwendig wird, beantragt die Versammlung, das von der Kommission vorgeschlagene Projekt, betreffend Anstellung von zwei besoldeten Beamten für Hamburg, bis nach dem Verbandstag zu vertagen. Sollten die übrigen Zahlstellen Hamburgs unserem Antrage nicht zustimmen, behält die Zahlstelle Rohrburgort, sich dem Projekt nicht anschließen zu können. Ferner hält die Zahlstelle den Beschluß, daß über eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit eine Urabstimmung unter sämtlichen Mitgliedern der Hamburger Zahlstellen zu erfolgen hat, unter allen Umständen aufrecht.“ Diese Resolution wurde von der gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen.

**Hamm.** In der Mitglieder-Versammlung am 10. Februar rief die Reorganisation der Zahlstellen Hamburgs eine längere Debatte hervor. Folgender Antrag fand dann Annahme: Die heutige Versammlung beschließt, den Antrag des Vorstandes sobald wie möglich zur Ausführung zu bringen. Weiter wurde bekannt gegeben, daß von unserer Zahlstelle für die Grummischauer 962,31 Mt. auf Sammellisten aufgebracht worden sind. Dann kam die Krankenkassenangelegenheit des Wäschereibesitzer Brandt nochmals zur Sprache. Es sind in dem betreffenden Betriebe sehr viele Mißstände vorhanden. Die Arbeiterinnen haben keinen Frühstücksraum, keinen Frühlüchtersaal, es sind 2 Klassen für 90 Personen vorhanden; weiter können die Arbeiterinnen ihr Frühstück nirgends hinlegen, denn es sind dort viele Urweiser vorhanden; es wurde lebhaft bedauert, daß dort unter den Arbeiterinnen eine große Interessenlosigkeit herrscht betreffs der Organisation, sonst wären diese Mißstände schon beseitigt worden. Der Gewerbeinspektor ist dort in dem Betriebe vorstellig geworden und wird Herr Brandt sich jetzt gemüßigt sehen und diese Mißstände abschaffen.

**Hannau.** Sonntag, den 31. Januar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Die Abrechnung wurde vorgelegt und von den Revisoren bestätigt. Dann kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Den ausgesperrten Porzellanarbeitern in Schlierbach wurden 10 Mt. bewilligt.

**Hannover.** Eine stark besuchte Betriebsversammlung der Arbeiter der Zintensfabrik von Günther Wagner tagte am Montag, den 15. Februar, im Lokale des Herrn Ehring. Ueber die Maßnahmen der Firma, speziell über das Verhalten des seit einem Jahre dort tätigen Werkführers Hoffmann referierte Kollege Brey. Er führte aus: Neue Männer, denen die Leitung eines Betriebes oder eines Teiles davon übergeben worden, pflegen in der Regel nichts gutes zu bringen. Sie lassen ihre Aufgabe meistens so auf, daß sie, um nach oben ihre Loyalität zu beweisen, billiger wirtschaften wollen, mehr Arbeit bei gleichbleibender oder ungünstigerer Bezahlung zu erreichen suchen. So ist ja auch ein neuer Mann die Ursache der heutigen Zusammenkunft. Bislang haben viele von Ihnen sich um die Vereinigung, die zur Wahrung der Interessen und Rechte der Kolleginnen und Kollegen besteht, nicht bekümmert. Es bedurfte erst der Laten eines neuen Mannes, um Ihre Aufmerksamkeit auf die Vereinigung zu lenken. Der neue Mann war Herr Werkführer Hoffmann. Schon im vergangenen Sommer, wo alle Kräfte angespannt werden mußten, um die Aufträge zu erledigen, ging der Herr Werkmeister ordentlich ins Geschäft und sagte den Arbeiterinnen und Arbeitern: „Es muß mehr geschafft werden.“ „Ist das auch arbeiten?“ „Wenn Sie nicht mehr schaffen, kann ich Sie nicht mehr gebrauchen!“ „Nur feste gearbeitet, und wenn ihr 50 Mark pro Woche verdient, das schadet gar nichts, denn wenn Sie ordentlich verdienen, verdient die Firma auch was.“ Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten aber bald erfahren, wie das eigentlich gemeint war. Dieses Ansehen zur Mehrleistung, zu größerem Fleiß war nicht erfolgt, um den Arbeitern eine bessere Bezahlung zu verschaffen, die sie bei den bestehenden Löhnen wohl gebrauchen könnten, sondern sollte den Weg zu Lohnherabsetzungen ebnen und bereiten. Es dauerte nicht zulange und die Arbeiterinnen, die schon 5 bis 25 Jahre dort beschäftigt wurden mit einer Herabsetzung der Akkordpreise beglückt. Die betreffenden Arbeiterinnen fanden den Weg zum Chef, der Abhilfe zusagte. Ueber das Ansehen des Betriebesbesitzers geriet der Herr Hoffmann in eine furchtbare Erregung, die sich in „Schmeichelnamen“, mit denen er die Arbeiterinnen belegte, Luft machte. Wozu die Erregung des Herrn über den Schritt der Arbeiterinnen? Hat denn nicht etwa der Chef das letzte Wort zu sprechen? Bildet sich Herr Hoffmann denn ein, er sei die letzte Instanz? Die „Schmeichelnamen“, mit denen Herr Hoffmann um sich warf, ließen einen Schluß auf die Behandlung. Es ist grundsätzlich, wenn Vorgesetzte sich durch solche Kränkungen Respekt verschaffen wollen. Er erreicht damit nur, daß angestrichelte Gemüter ihn fürchten, aber Achtung erwidert er sich dadurch nicht. Auch der Versuch, durch Lohnreduzierung eine Vermehrung der Arbeitsleistung zu schaffen, ist ein alter Ausbeuterkniff, der aber sehr oft den gewollten Zweck nicht erfüllt. Die Rentabilität eines Betriebes ist abhängig von der Güte seiner Waren. Diese werde ungünstig beeinflusst, wenn schlechte Bezahlung und schlechte Behandlung die Lust und Liebe zur Arbeit in den Arbeitenden herabdrücken. Sind denn die bezahlten Löhne etwa zu hoch? Nein, sie sind zu niedrig zur Befriedigung all der Bedürfnisse, welche der Unterhalt der Familie und der Einzelperson: Miete, Bekleidung, Ernährung, mit sich bringt. Nach dem Rhythmus Hungerlöhne zu bezahlen, wird doch die Firma nicht klapern

sein? Diesen Ruhm würde sie sich aber erwerben, wenn die bezahlten Löhne herabgesetzt würden. Im Laboratorium und im Mikroskopenteller beträgt der Anfangslohn 15 Mt. In letzterer Betriebsabteilung wird wohl auch ein Lohn von 19 Mt. erzielt, aber nur dann, wenn die betreffenden Arbeiter die ganze Woche mittelfeine Farbe machen, Platte 5. Nur ganz wenige kommen sonst über 19 Mt. hinaus. Vor ca. 15 Jahren wurden durchschnittlich pro Platte 10 Pf. bezahlt. Jetzt sind die Preise herabgedrückt auf 2, 2½, 3 und 5 Pf. Die Lohnquellen hat also in ergiebiger Weise gearbeitet. Trotzdem ist für den 1. April ein neuer Abzug in Aussicht gestellt. Sie sollen also auf recht managenharte Weise in April geschickt werden. Die Bezahlung der Arbeiterinnen ist auch ungünstig, beginnend von 8 Mt. an, in den verschiedenen Abteilungen. Wie könne man da Lohnherabsetzungen rechtfertigen? Es liege im Interesse der Arbeiter, sich zu wehren, das könnten sie durch Anschluß an die Organisation. Dieser Aufforderung kam der weitaus größte Teil der Anwesenden nach.

**Heilbronn.** Sonntag, den 24. Januar, tagte unsere Versammlung. Aus dem Geschäftsbericht des 1. Bevollmächtigten konnten die Mitglieder ersehen, daß eine ziemlich umfangreiche Arbeit zu bewältigen war. Hierauf machte der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt, wie ebenso eine solche vom abgelaufenen Geschäftsjahr, und konnten die Kollegen konstataieren, daß wir in der hiesigen Zahlstelle im 4. Quartal gut abgeschnitten haben. Dem 1. und 2. Bevollmächtigten wurde hierauf Entlastung erteilt. Die alten Bevollmächtigten und Revisoren wurden wieder vorgeschlagen und beschloffen, im Frühjahr kräftig für den Ausbau des Verbandes zu agitieren. Auf Kollegen, agitiert und werbt neue Mitglieder, laßt auch nicht durch scheinbare Mißerfolge irre machen. Kämpft, damit auch am hiesigen Orte günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen werden können.

**Heilbronn.** Eine zu Sonnabend, den 30. Januar, einberufene Versammlung nahm ein Referat des Kollegen Bödner aus Cannstatt über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen“ entgegen. In der Diskussion kamen die Zustände auf den einzelnen Fabriken zur Sprache. Besonders die Wichorienfabrik Seelig wurde einer eingehenden Besprechung unterzogen. Es wurden einige Aufnahmen erzielt. Erforderlich ist aber, daß die hiesigen Kollegen sich besser an der Organisation beteiligen. Der Durchschnittslohn beträgt hier 2 Mt. 42 Pf. Das ist der niedrigste Verdienst im Gau 13. Dagegen kommen die Wohnungsmieten denen in Stuttgart und Cannstatt fast gleich, resp. sie liegen an dritthöchster Stelle, 94 Mt., 45 Mt. für ein Zimmer.

**Ikehoe.** Sonntag, den 7. Februar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung in der Zentraltharberge. Der Kollege Wählert legte die Abrechnung vor. Die Revisoren erklärten, alles in Richtigkeit gefunden zu haben und wurde Entlastung erteilt. Der Kollege Hammann hielt dann einen Vortrag über die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Der Vorlesende begann mit dem Jahre 1848, schilderte dann, wie man in den folgenden Jahren alles versucht habe, um eine Organisation der Arbeiter nicht auskommen zu lassen, wozu die politische Rechtslosigkeit der Arbeiter ja auch ausgezeichnete Mittel an die Hand gab. Dann gelang es Casselle, die arbeitenden Massen zu organisieren. Von da ab datiert der Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf die Gestaltung der Gesetzgebung. Der Einfluß nahm in dem Maße zu, als die Arbeiter sich in immer größerer Zahl um ihre Geschicke kümmerten; er werde weiter wachsen mit dem Wachstum der Organisationen. Alsdann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen. Es wurde dann noch angetagt, spätestens im März eine Agitation am Orte vorzunehmen. Es wird dann beschloffen, den Mitgliedern Kühl und Raabe Ehrenämter nicht mehr zu übertragen.

**Ill-Zickachwitz.** Sonntag, den 31. Januar, tagte in der „Goldenen Krone“ eine gutbesuchte öffentliche Versammlung, in der Genossin Kähler über: „Wodurch verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage?“ referierte. Rednerin schilderte in klaren Worten die jetzigen Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen und hob die lange Arbeitszeit und schlechte Bezahlung hervor. Sie geißelte besonders das Akkord- und Ueberstunden System, das zwar zum Vorteil des Geldsacks da ist, die Arbeiter jedoch in ihrer Gesundheit schädigt. Unter anderem wurden die Mißstände der Firma Kaufmann-Niederfeld kritisiert, die aber nur durch festes Zusammenschließen der Arbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation beseitigt werden können. In genannter Firma soll es vorkommen, daß die Aborte nicht so oft gereinigt werden, wie es wohl erforderlich erschien. Garderobe und Arbeitsräume lassen viel zu wünschen übrig. Zum Waschen sind überhaupt keine Einrichtungen getroffen. Viele Arbeiter arbeiten für 14-15 Mt. Wochenlohn. Eine kleine Besserung mit Hilfe der Organisation ist insofern eingetreten, als die Lohnzahlung seit kurzem freitags erfolgt, während sie seit 19 Jahren montags vorgenommen wurde. Zwei Mann vom Arbeitsausschuss, die deswegen vorstellig wurden, sind wegen „Ueberzahlbarkeit“ entlassen worden. Es wäre wirklich angebracht, wenn hier die Gewerbeinspektion einmal Umhau hielt. Tragdem Vertreter der Firma anwesend waren, meldete sich doch niemand zum Wort. Zum Schluß forderte die Rednerin die Anwesenden noch auf, die Gleichgültigkeit und Lausheit abzustreifen, sich zu organisieren, mit zu kämpfen und zu arbeiten und es nicht nur beim Zeitraggen zu lassen. Reicher Beispiel lohnte die Rednerin am Schluß ihrer 1½ stündigen Ausführungen. In der Diskussion forderten noch verschiedene Redner auf, die Arbeiterpresse besser zu unterstützen, und die bürgerlichen Zeitungen, die nur die Arbeiter zu unterdrücken suchen, aus ihren Wohnungen zu entfernen. Ferner kritisierte noch ein Redner die Mißstände der Firma Dr. Schöpl, Zickachwitz. Reinlichkeit, Schmutzvorrichtungen zc. lassen viel zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit der Frauen dauert Sonnabends von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Lissa.** Am 7. Februar tagte hier im „Weißen Löwen“ eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Aug. Feinzel einen Vortrag hielt über: „Die Barbaren des Altertums und der Gegenwart und warum gibt es keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.“ Redner zeigte, daß zu allen Zeiten die wirtschaftlich Schwächeren und politisch Rechtlosen von den Stärkeren und Machthabern ausgenutzt und unterdrückt worden sind. Auch die neuere Zeit und die Gegenwart liefern der Beispiele von Ausnützung und Unterdrückung genug, besonders der Grummischauer Streik. In der Versammlung waren auch Arbeiterinnen anwesend, die auf Veranlassung des Ueberwachenden in einen besonderen Raum gehen mußten; andererseits stand Auflösung der Versammlung in Aussicht. Dieses Vorgehen gab dann dem Referenten noch Veranlassung zu einer Kritik behördlicher Maßnahmen. Es ließen sich eine Anzahl Personen als Mitglieder aufnehmen.

**Meißen.** In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung nahmen Montag, den 24. Januar, unsere Kollegen im Saale der „Goldenen Weintraube“ gegen das neuerliche Vorgehen des Herrn Ehr. Leichter gegen seine Arbeiter Stellung. Genosse Fleckner kennzeichnete in seinem einstündigen Vortrage die Handlungsweise des Herrn Leichter, seinen Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen, in gebührender Weise. Die Motive dazu können nur sein, dadurch den Arbeitern bequemer den Lohn zu drücken. Ein derartiges Beginnen sei als brutal zu verzeichnen. Die Aufforderung des Referenten, die Handlungsweise Leichters mit dem Beitritt aller Hülfsarbeiter zur Organisation zu beantworten, fand den lebhaftesten Beifall. Nach dem Referat berichtete Genosse Schmidt über die mit Herrn Leichter gepflogenen Verhandlungen, bei welchen dieser erklärt hat, daß er die Organisation der Hülfsarbeiter nicht anerkenne. Redner

riet den Hülfsarbeitern, die Zugehörigkeit zur Organisation Herrn Leichter vorläufig zu verschweigen, trotzdem tüchtig für die Organisation zu agitieren und diesem Herrn bei passender Gelegenheit die richtige Antwort für sein rigoroses Vorgehen zu geben. Auch der zufällig in Meißen anwesende Reichstags-abgeordnete Genosse Richter-Großenhain beteiligte sich an der Debatte. Er verurteilte scharf die Maßnahmen des Herrn Leichter und richtete besonders an die Frauen die Aufforderung, der Organisation beizutreten, eventuell ihre Männer in ihren Kämpfen zu unterstützen. Meißen sei ja bereits im Reichstage genannt worden. Durch das Verhalten solcher Arbeitgeber werde wohl dort von Meißen noch öfter in unruhiger Weise gesprochen werden müssen. (Lebhafter Beifall.) Der Unwille der Verammelten gegen das brutale Beginnen des Herrn Osenfabrikanten Leichter kam mehrmals in recht lebhafter Weise zum Ausdruck. Der Herr wird sich jedenfalls mit dem Erfolg seines Zuns stark verrechnen. Wie ihm auch von einem Disfunktionsredner versichert wurde, wird er nicht eher in seinem Betriebe Ruhe haben, bis er die Organisation der Arbeiter anerkennt. Nach der Aufforderung des Vorlesenden, recht regen für die Organisation zu wirken, fauß die interessierte verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Nauen.** In der Versammlung vom 7. Februar legte der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vor. Ihm wurde Entlastung erteilt. Darauf wurde unter „Verschiedenes“ die Gewährung eines Sozialgeldes an nichtbezugsberechtigte Mitglieder befohlen. Kritisiert wurde das mangelhafte und unzureichende Abheften der Statistikhögen. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß spätere Versuche bessere Resultate zeitigen würden. Es führte dann Kollege Voegner anknüpfend an die Phrase von gelernten und ungelernten Arbeitern aus: In Amerika, Australien und England mache man eine Unterscheidung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern nicht. (Das tut man doch!) Die Bezeichnung ungelerner Arbeiter ist überhaupt keine Phrase. Natürlich soll der unter nicht verstanden sein, daß der ungelernete Arbeiter nicht gelernt habe, sondern das Ermanqeln der handwerklichen Ausbildung wird darunter verstanden. D. h.) Aber auch hier zu Lande gebe es bereits Gewerbetriebe, in welchen von einem Lehrlingswesen nie träger nicht mehr die Rede sein könne. Die Proletariat lehnen es heute ab, ihre Söhne drei bis vier Jahre für den Kapitalisten fronden zu lassen und öfters noch Lohn zu zahlen! Unsere Sache muß es sein, so schnell er seinen Vortrag, uns allen organisierten Arbeitern ebenfalls von Seite zu stellen, bis wir uns von den besten derselben durch nichts unterscheiden, und dies vermögen wir nur in unserer Organisation. Scharen wir uns um dieses Banner, so wird es bald nur intelligente organisierte Arbeiter geben.

**Naumburg.** Die am 30. Januar tagende Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich mit den Zuständen der Kamm-jabrik Mag. Maier. Die da vorliegenden Verhältnisse müssen endlich einmal der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Es arbeiten da zusammen 40 Personen. Vorchersend ist die Akkordarbeit. Diese eignet sich ja am besten zur ungenügenden Bezahlung. Zwölf Arbeiter sind gegen Wochenlohn beschäftigt und erhalten 16,50 bis 21 Mt., die übrigen, welche im Akkord sind, verdienen, wenn es sich um eingearbeitete Leute handelt, 15 bis 17 Mt., jüngere Personen erhalten 7 bis 13 Mt., acht weibliche Personen verdienen 7,50 bis 12 Mt. Bei diesen Löhnen muß beachtet werden, daß die Arbeiter sich mancherlei, was zur Arbeit erforderlich ist, selbst halten müssen. Die Schleifer müssen nach Feierabend sich ihre Schleifräder herstellen. Auch die Arbeitsräume lassen zu wünschen übrig. Der erste Maschinenraum ist 6 Meter lang, 4 Meter breit, 3 Meter hoch. Es arbeiten zuweilen bis 10 Arbeiter darin. Der zweite Maschinenraum wird durch Dachfenster nicht genügend erhellt, das Dach läßt Regentropfen durch. Im Feilraum ist die Ventilation nicht genügend. Ein schmaler Gang führt an dem Feilrad vorbei zu den Maschinen. Unter der größten Vorrichtung muß dieser Gang passiert werden. Im Lagerraum stehen zwei große, nicht mit kochendem Wasser gefüllte Kessel. Der entmidelte Dampf hindert die in diesem Räume Arbeitenden am Sehen. Wegen Mangel an Abzugsrohren müssen Tür und Fenster geöffnet werden. In diesem Raum arbeiten 6-8 Personen. Umkleidungsräume sind nicht genügend vorhanden. Daher hängen die Arbeiter ihre Sachen hin, wo es gerade geht. Ungefähr 10 Personen leiden sich in einem dunklen Durchgangsräume um. Wer es gerade will, kann den sich Umkleidungsräume suchen. In diesem Räume stehen auch Säcke mit 3 Pulverabfällen, die bekanntlich sehr feuergefährlich sind. Ein Speiseraum fehlt. Wenn der Aufenthalt zur Einnahme der Mahlzeit im Freien unmöglich ist, dann müssen die Arbeiter in den Arbeitsräumen bleiben. So wäre noch manches anzuführen, was die Arbeiter bebrängt. Indes dies soll genügen. Von der Bezahlung kann gewiß niemand behaupten, sie sei zu hoch. Trotzdem kündigte Herr Maier am 23. Januar vier von unseren Kollegen die Arbeit mit der Begründung, er müsse billigere Arbeitskräfte haben. Schon vor Weihnachten wurde das Gerücht laut, die vier Mann müßten raus. Der Herr Werkmeister, über den sehr viele Klagen von Seiten der Arbeiter erhoben werden, hielt bei verschiedenen Arbeitern Umfrage, ob sie im Verband sind. Als ihm ein Kollege diese Frage mit Ja beantwortet hatte, sprach der Herr Werkmeister: „Das haben Sie doch nicht nötig, für das Geld, was Sie da hineinsteuern, können Sie sich ein paar schöne neue Posen kaufen!“ Ist denn dem Herrn Werkmeister die Organisation im Wege? Hat der Herr Zagefell vergessen, was er einst war? Schon im vergangenen Jahre wurden für diese Fabrik in Dresden und Breslauer Zeitungen Arbeiter bei hohem Lohn gesucht. Die Kollegen der Kammfabrik des Herrn Maier erklärten sich mit den Gehandigten solidarisch und kündigten das Arbeitsverhältnis, um dadurch die Zurücknahme der von Herrn Maier ausgesprochenen Kündigung zu erlangen. Dieser lebte aber eine Verständigung darüber ab, und sagte zu den Kollegen, sie sollten gleich aufhören. Das wurde auch befolgt.

**Neumünster.** Am 24. Januar tagte hier und in Herten je eine öffentliche Versammlung, in der Kollegin Biez aus Hamburg referierte über: „Die Arbeiter im Klassenkampf.“ Die kapitalistische Entwicklung, die sich auf einen hochgradigen reichlichen Fortschritt stütze, hatte hohe Erzeugnisse hervorgebracht und mangelnden Absatz zur Folge. Wir der Erschwerung der Arbeitsgelegenheit geht Hand in Hand eine Herabsetzung des Lohnes, der nicht mehr ansteigt, die Unterhaltskosten für die Familie zu decken. Frauen und Kinder werden zum Mitterwech herangezogen. Die Arbeitszeit wird verlängert durch Ueberstunden, um ja recht viel Nutzen aus der Arbeit des Arbeiters herauszubekommen. Allen Vorteilen über die Nachteile der langen Arbeitszeit, welche diese in sanitärer, sittlicher, geistlicher und ökonomischer Beziehung hat, verschließen sich die Unternehmer. Über Forderungen der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit legen sie, wie Grummischau beweise, den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Sie finden Bundesgenossen in den öffentlichen Gewalten, der Geistlichkeit und dem gesamten Unternehmertum. Alles was mit dem Kapitalismus sich in Interesseneinfallung befindet, steht auf gegen die Arbeiter. Daher müssen letztere darauf bedacht sein, sich eine wirksame Vertretung ihrer Interessen zu schaffen in der Vereinigung. Durch dieselbe sind die Arbeiter aufzuklären über die Widerstände, die sich ihnen beim Kampfe entgegenstellen, damit sie ihre Macht nicht unter, aber auch nicht überschätzen. Rednerin besprach dann die örtlichen Arbeitsverhältnisse. Besonders die Zustände bei der Firma Friedrichsen gaben Anlaß zur Kritik. Auf die Entlassungen, die da vorgenommen, könnten die Arbeiter nur durch Anschluß an die Organisation die richtige



Antwort geben. — An der Diskussion beteiligte sich der Kollege Wiefenbiller.

**Sicherleben.** Der Direktor und der Maschinenmeister der hiesigen Maschinenfabrik scheinen der Meinung zu sein, daß sie in Kürze für die Arbeiter alles getan hätten, daß die Bezahlung, die Arbeitsmethode, die Behandlung und Arbeitsräume in ihrem Betrieb über alle Zweifel erhaben günstig seien, und die Herren der Fabrikleitung sich daher keinem Nachdenken zu überlassen haben, um Verbesserungen für die Arbeiter durchzuführen; darum kümmern sie sich um die Privatsverhältnisse der Arbeiter, suchen wohl zur Kenntnis der Verbandszugehörigkeit zu gelangen, um dann die organisierten Arbeiter zu entlassen. Dabei lassen es die Herren aber noch nicht genügen. Sie stellen den Arbeitern direkt die Zumutung, aus dem Verband auszuschneiden und fordern die Entlassung des Verbandsbuches. Den hohen Herren von Aufsichtsratsgraden sei hiermit zu hochverehrtester Kenntnisnahme gebracht, daß die Mitgliedsbücher nicht zum Inventar der Zuckerfabrik gehören, sondern unser Eigentum sind. Die Arbeiter haben der Fabrikleitung nur ihre Arbeitskraft verkauft, leider zu ungünstigen Bedingungen; aber nicht ihre Gesinnung! Genauso wie die Zuckerfabrik das Recht hat, für ihre Waren die denkbar günstigsten Preise zu erzielen, haben auch die Arbeiter das Recht, sich zu vereinigen, um durch die Vereinigung eine angemessene Bezahlung ihrer Arbeitsleistung zu erhalten. Es ist, vom moralischen und rechtlichen Standpunkt aus betrachtet, den Arbeitern unbenommen, sich zu organisieren. Wer sie, kraft seiner wirtschaftlichen Übermacht, daran hindern will, der unterdrückt und macht die Arbeiter, will sie in materielle und geistige Abhängigkeit bringen. Den Herren sei aber noch eins zur Erinnerung anheimgegeben. Vielleicht ist es ihnen nicht unbekannt, daß die Arbeiter bei Regelung des Verbrauchs einige Bedeutung erhalten haben. Es ist daher keineswegs so fernliegend, daß die Arbeiter, die Zucker konsumieren, sagen: Die Zuckerfabrik hat keine duldete organisierten Arbeiter, und uns schmeckt ihr Zucker nicht. Wir wollen bei unseren Einkäufen, die wir bei dem Kaufmann und den Konsumvereinen machen, uns nach dem Ursprungsort des Zuckers erkundigen. Denken die Herren, der Ursprungsort sei schwer festzustellen? Wir sind der Meinung, die Genannten erfüllen ihre Aufgabe, die Interessen des Betriebes zu wahren, viel besser, wenn sie sich um Gewinn und Privatleben ihrer Arbeiter nicht kümmern. Aber wie sie wollen, wenigstens haben wir sie nun gewarnt.

**Schlutup.** Dienstag, den 2. Februar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale der Witwe Carlsson zu Schlutup. Die Versammlung war ausnahmsweise sehr gut besucht. Der Kollege Hadden aus Lübeck hielt einen Vortrag über: Die letzten Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiete. Redner entledigte sich seines Referates zur Zufriedenheit der ganzen Versammlung, was der Beifall am Schlusse des Vortrages zeigte. An das Referat knüpfte sich eine rege Debatte, in welcher die jüngsten Ereignisse auf der Sägemühle und Mühlenfabrik hier in Schlutup getreulich wurden. Vor einiger Zeit hatten die Arbeiter der betreffenden Fabrik eine Lohnserhöhung von 2,75 Mk. Tagelohn auf 3 Mk. beantragt, diese wurde aber unter Hinweis auf die schlechte Konjunktur einfach abgelehnt. Ganz dieselbe Forderung wurde den Sägereiarbeitern schon vor einem Jahre anstandslos bewilligt; der Grund ist darin zu suchen, daß die letzteren zum großen Teile organisiert sind, und die Arbeiter der Sägemühle haben sich bisher noch nicht bemüht gefühlt, dem Verbands beizutreten. Wenn die betreffenden Arbeiter sich im vorigen Jahre dem Verbands angegeschlossen hätten, dann wäre ihre Forderung jedwedenfalls auch bewilligt worden. Wir können den Arbeitern der Sägemühle nur den Rat geben, sich unserer Organisation anzuschließen. Denn daß der einzelne im Kampfe gegen die Unternehmer machtlos ist, das haben die Tatsachen bewiesen.

**Zuher.** Am 7. Februar tagte im Lokal „Zur Rheinbrücke“ unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Nach Aufnahme von 6 Mitgliedern erstatteten die Koll. Rapp und Paul in eingehender Weise den Bericht der letzten Sitzung des Gewerkschaftsrates, Koll. Wau den der Arbeiterkongress, worauf ihnen von der Versammlung dankend Anerkennung ausgesprochen wurde. Es ist an der Zeit, eine lebhaftere Aktion zu entfalten. Einige Referenten und -Berichter, welche gelegentlich des letzten Treffens noch mit ihrem Kollegen um bessere Verhältnisse im Lohn von 11 Wochen lang; Schüller an Schüller gekämpft haben, nach Beendigung desselben mit Bewunderung über unsere Manneskraft einen von der Diskussion ausgesprochenen Vorschlag, wonach jeder bedauern möchte, daß er gerade heute, unterstehen, sich auch verpflichten, eine Geldbuße für erkrankte Kollegen zu bezahlen, sie suchen nun auf jede Weise und nachlässige Gelegenheit, ihren Austritt aus dem Verband zu erzwingen. Wir meinen ihnen ja nicht nach, aber erliegen werden sie es bald, wie sie sich der Walfür in die Hände geworfen haben. Den anderen Kollegen in diesem Werke aber rufen wir zu: Hinein in die Organisation, hinein in die Versammlungen, wo auch Aufklärung am besten erzielt wird, wo sie auf eurem Interesse, treuer in unsere Reihen.

**Werder-Glindow.** Sonntag, den 7. Februar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung für Werder-Glindow, die ziemlich gut besucht war, nach dem das Protokoll von der vorigen Versammlung verlesen war; gab der zweite Beschlusmäßige die Abrechnung vom 4. Quartal 1903. Auf Antrag der Referenten wurde dem zweiten Beschlusmäßigen Entschluß erteilt. Als 2. Punkt wurde die Beschlusmäßige erörtert. Hierbei gab der Kollege Schugart den Bericht, daß er und Kollege Thun bei der Unternehmung mit einem Tarif gewesen und die Unternehmung bereit seien, einen Stundenlohn von 35 Pf. zu bewilligen, doch soll noch eine Verhandlung zwischen Arbeitgeber und der Lohnkommission stattfinden, um den Tarif genau festzulegen. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, so bald Beschlus oder Aufträge an den hiesigen, haben die Beschlusmäßigen dieses Monats der hiesigen Zeitung anzugeben, widrigenfalls sie keine Unternehmung aus lokalen Mitteln erhalten. (Nach Status finden des Beschlusses in der Mitteilung veröffentlicht. Vorher muß die Entscheidung, unser Bezeichnung der Beschlusmäßigen, welche das Statut regelt enthält. D. Red.) Auch soll die Beschlusmäßige Frage zu der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gestellt werden. Es wurde dann eine Agitations-Kommission von 3 Mitgliedern gewählt, die die Agitation im Orte zu betreiben hat. Der Antrag, dem Vorstand zu ersuchen, in Verbands-Zweck eine ständige Agitation zu betreiben, damit die hiesigen Arbeiter mehr organisiert werden und den hiesigen Kollegen zu helfen, wurde einstimmig angenommen. — Hierauf erstattete Kollege K. Schwerte Bericht vom Gewerkschaftsstatell.

**Burgen.** Eine von einem Mitgliede unserer Agitations-Kommission vorbereitete, von über 500 Personen besuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung tagte am 31. Januar im „Schützenhaus“. Mit Recht erhob mancher Versammlungsbesucher, eine solche Versammlung hat Burgen selten gesehen. Zunächst hat Herr Gruber aus Berlin hielt einen mit reichem Beifall aufgenommenen, eindringlichen Vortrag über: „Das Ende des Grimmschauer Jahrestundenkampfes, und was haben wir daraus gelernt.“ Die Zuhörer, darunter viele Frauen, wurden davon die gut durchdachten Ausführungen der Referentin überzeugt, daß der Grimmschauer Jahrestundenkampf ein wirksames Beweismittel für die gelegentliche Einführung des Monatslohn-Vertrages von 10 Wochen, wenn auch vorläufig nur für Januar, gewesen ist, denn die letzten Reichstagsverhandlungen haben gezeigt, daß sich seit dem hiesigen politischen Parteitag der

Notwendigkeit desselben nicht mehr verschließen können. Ein Gebot der Selbsterhaltung für die Arbeiter aber sei es, sich nun den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, damit der kulturfeindliche Widerstand der Arbeitgebervereinigungen der Fabrikanten schneller und nachhaltiger gebrochen werden könne. Kollege Lippmann geistelte sodann in verbittener Weise verschiedene Mißstände in einigen Fabriken; hierüber wird von Seiten der Organisation der Gewerbeinspektion Beschlüsse ausgehen. Es fand sodann eine Sympathie-Resolution für die Grimmschauer einstimmige Annahme. Es wurden an diesem Tage zahlreiche Mitglieder für die Organisation gewonnen, so daß nunmehr unsere Organisation die stärkste unter den hiesigen Organisationen geworden ist.

**An die Arbeiterschaft Deutschlands.**

Wie der hier nie gekannte Zug von Arbeitern aus allen Ecken Deutschlands beweist, ist die aller Menschlichkeit Hohn sprechende Verbeugung des Arbeitgeber-Verbandes „Unterweser“ in den weitaus meisten Fällen von Erfolg. Derselbe sucht fortgesetzt in allen Teilen Deutschlands Arbeitskräfte nach den Arbeitsplätzen an der Unterweser, Bremen, Vegesack, Bremerhaven, Westermünde, Lehe usw. heranzuziehen, obgleich hier bereits eine große Arbeitslosigkeit herrscht. Insbesondere werden gesucht: Schlosser, Maschinenbauer, Dreher, Kesselschmiede, Schmiede, Schiffbauer, Rieter, Formier, Gelbdrucker, Kupferschmiede und Modellmacher. Auf welchen Wegen diese Verbeugung vollzogen wird, zeigt uns ein Plakat, das in Minden i. B. auf dem Bahnhof ausgehängt, da ist zu lesen: — Arbeiter obengenannter Berufe wollen sich wegen Arbeit an die Arbeitsnachweisstelle des Arbeitgeber-Verbandes „Unterweser“ in Bremen, Vegesack und Bremerhaven wenden, begreife sich dieserhalb unter Vorlage des Militärpasses, Führungspasses und der Zeugnisse ihrer früheren Tätigkeit bei einer dieser Stellen melden.

**Arbeitgeber-Verband „Unterweser“.**  
Anmeldungen beim Vorstehen des Arbeitervereins Minden i. B., R. Numpf, Königstraße 40.  
(Im Stempel: Bremischer Landes-Krieger-Verband.)  
Die Kriegervereine werden als „williges Werkzeug“ benützt, um geflüchtete Arbeitskräfte zu dem Heer der Arbeitslosen an die Unterweser heranzuziehen.  
Um Ihnen ein Bild von der Arbeitslosigkeit zu geben, diene folgendes:  
Die Arbeitsnachweisbureaus in Bremerhaven haben über ihre Tätigkeit in den letzten Monaten folgende Zahlen veröffentlicht:  
Es meldeten sich an den genannten Stellen im  
Mk. v. J. 3511 Arbeitl., 1335 erh. Arbeit, 2176 bl. arbeitslos  
Nov. „ 2952 „ 893 „ 2059 „  
Dez. „ 1676 „ 384 „ 992 „

Im Monat Januar hat sich die Zahl der um Arbeit Nachsuchenden wieder bedeutend vermehrt, während die Arbeitsgelegenheit eine viel schlechtere geworden ist. Wehmützlich traurig liegen die Verhältnisse an den übrigen Arbeitsplätzen der Unterweser. In ihrem eigenen Interesse warnen wir die Arbeiter allerorts, dem Viebeswerden des Arbeitgeber-Verbandes „Unterweser“ Gehör zu schenken und nach hier zu kommen, da bei den oben veröffentlichten Zahlen es aussichtslos ist, hier sobald lohnende Beschäftigung zu finden, die Lebens- und Wohnungsverhältnisse am Plage aber die denkbar teuersten sind. Wir haben schon Protest- und Arbeitslosen-Versammlungen abgehalten. Weiter sind Eingaben an den Stadtrat von Bremerhaven, die Magistrate von Lehe und Westermünde ergangen, die letzteren haben uns mit einer Antwort beglückt, die besagt, daß es nicht schön ist, zu dem Heer der Arbeitslosen immer neue Scharen heranzuziehen, erklären sich aber außer Stande, einzutreten, außerdem ist ihnen noch nicht einmal bekannt, ob überhaupt Arbeitgeber von fraglichen Städten in dem Arbeitgeber-Verband sind, trotzdem es die Spagen von den Dächern pfeifen.

Wir sehen also, daß von dieser Seite ein Einschreiten gegen die skandalöse Heranziehung immer mehr Arbeitsloser nicht zu erwarten ist. Dierhalb wenden wir uns im vorstehenden an sämtliche Gewerkschaftskartelle, Partei- und Gewerkschaftsblätter Deutschlands mit der dringenden Bitte um möglichste Verbreitung dieser Tatsachen.  
Die Vorstände der Gewerkschaftskartelle ermächtigen wir, sollten in nächster Zeit durch Inserate oder Plakate Arbeitskräfte vom Arbeitgeber-Verband nach hier gesucht werden, auf unsere Kosten im Inseratenteil einer geeigneten Zeitung durch Veröffentlichung obiger Zahlen die Arbeiterschaft vor einer Reise nach hier zu warnen, denn was dieselben hier erwartet, ist alles andere als beneidenswert.  
Lehe/Bremerhaven, im Februar 1904.  
Mit Parteigruß  
Das Gewerkschaftskartell Bremerhaven und Umgegend.  
J. A.:  
Wilh. Angeloh, Lehe, Weserstraße 23.

**Bekanntmachung.**

Die Zahlstelle Caunstatt hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Monat erhalten.  
Die Zahlstellen Hamburgs haben die Zustimmung erhalten, von an Bauten beschäftigten Kollegen, bei welchen der Verdienst unter 60 Pf. pro Stunde beträgt, mit Ausnahme der Monate Dezember und Januar jeden Jahres, alle vierzehn Tage einen Extrabeitrag von 50 Pf., bei einem Stundenlohn von über 60 Pf. alle vierzehn Tage einen Extrabeitrag von 75 Pf. zu erheben, und zwar vom 1. Februar 1904 an.  
Die Zahlstelle Erlangen erhebt einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Woche.

**Quittung.**

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 3. Februar folgende Beträge ein:  
Leipzig 269,20. Biffa 99,70. Steitin 309,75. Wickersleben 202,28. Eilenburg 59,70. Effen 39,88. Udermünde 885,65. Ganan 43,93. Mainz 11,—. Bitterfeld 25,35. Waiblingen 18,87. Kadeberg 49,90. Süppertitz 20,50. Schmeddau a. D. 100,71. Lützen 76,85. Pinnberg 231,52. Fürstenberg 48,—. Gommast 331,09. Adargartach 19,95. Gulum 9,—. Grieben 1 25,—. Barby 25,—. Eplingen 38,33. Queblinburg 27,50. Grieben 35,20. Jeknis 114,90. Köln-Ghrenfeld 123,23. Röhreim 31,70. Delmenhorst 301,93. Hamburg v. d. G. 10,88. Golditz 29,40. Egeln 42,—. Berlin 957,07. Halberstadt 233,78. Uetersen 101,57. Gauting 6,15. Dessau 571,92. Göttingen 56,57. Weilingenhausen —10. Söfingen 54,42. Kassel 108,27. Köslin 824,90. Altona 10,—. Altona 50,—. Jomitz 48,75. Odetraslau 217,13. Rognitz 12,57.  
Verichtigung: In Nr. 3 muß es heißen: Oschersleben nicht Wickersleben, Holzen nicht Holgen.  
Schluß: Dienstag, den 16. Februar, mittags 12 Uhr.

**Verloren und für ungültig erklärte Bücher.**  
Buchnummer S. III. 62 476, lautend auf den Namen Aug. Planz, ausgestellt in Pinneberg.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
Bückingen (Württemberg). Karl Waibel, Friedensstr. 638.  
Dortmund. Fr. Glawinkel, Falkenstraße 16, 4. Et.  
Hamburg-St. Georg. Friedrich Wölke, Wendenstr. 379.  
Hannau. Peter Herzog, Weberstraße 18.  
Halleberg. Bruno Lusch, Kleinwollensdorferstr. 9.  
Regen. Ed. Carl, Kaufmann.  
Zuffenhausen. Friedrich Stahl, Rosenstraße 25.

**An die Zahlstellen des Gaues 12.**

Nach Beschluß des Gauvorstandes findet unsere diesjährige Gaukonferenz am 3. April (Ostermontag), vormittags 10 Uhr im Restaurant Fendt, Goethestraße 17, in München, statt. Es ist Pflicht aller Zahlstellen, einen Delegierten zu senden. Bemerkte sei, daß die Kosten für die Delegation von den Zahlstellen selbst zu tragen sind. Die Delegierten haben mündlichen und schriftlichen Bericht zu geben. Etwasige Anträge, sowie die Namen der Delegierten sind bis längstens 25. März an den Gauvorstehen einzufenden.

**Tagesordnung:**  
1. Wahl eines Bureaus.  
2. Bericht des Gauvorstandes mit Diskussion.  
3. Bericht der Delegierten mit allgemeiner Diskussion.  
4. Anträge der Zahlstellen und des Gauvorstandes.  
5. Agitation.  
6. Stellungnahme zum Verbandstag und Verschiedenes.  
7. Wahl des Gauvorstehen und Beschlußfassung über den Ort unserer nächsten Konferenz.  
München, den 10. Februar 1904.  
J. A. des Gauvorstandes:  
Josef Staimmer, Carolinenstraße 3/0.

**Inserate. Briefum.**

Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Grosse öffentliche Volksversammlung** im Lokale des Herrn Wienholz. Tagesordnung: 1. „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation.“ Referent: August Breh, Hannover. 2. Diskussion. [1,20 Mk.] Der Einberufer.

**Dresden. Stiftungsfest**

Unser diesjähriges **Stiftungsfest** findet Freitag, den 11. März, im großen Saale des „Volkshauses“ statt, bestehend in **Instrumental-Konzert, humoristischen Vorträgen und Ball.** Ausführende: **Voces humoristische Sänger** und die **Kapelle der Zivil-Berufsmusiker.** Karten à 30 Pf. sind bei sämtlichen Kaffeehäusern, bekannten Kollegen und dem Vertrauensmann zu haben. Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörigen wird ersucht. Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 8 Uhr. 3,00 Mk.] Der Vertrauensmann.

**Zahlstelle Flensburg.**  
Das Verkehrslokal befindet sich „Hohe Luft“, Schleswigerstraße 26. Dasselbst Auszahlung des Reisegeheses. [60 Pf.]

**Zahlstelle Kolberg.**  
Am Sonnabend, den 27. Februar, findet im Vereinslokale unser **Großer Vereins-Maschinenball** statt, wozu freundlich einladet [1,35 Mk] Anfang abends 8 Uhr. Das Komitee.

**Zahlstelle Nürnberg.**  
Die Mitglieder-Versammlungen tagen jeden zweiten Sonntag im Monat im „Goldenen Engel“. [60 Pf.]

**Zahlstelle Drantenberg.**  
Die Mitglieder-Versammlungen tagen jeden zweiten Sonntag im Monat im Lokale des Herrn Dietrich, Mühlentstraße 15. Dasselbst ist eine Gewerkschafts-Perberge eingerichtet. [90 Pf.]

**Zahlstelle Spandau.**  
feiert am Sonnabend, den 19. März, im Kundeschen Saale, Schwandorferstraße 80, ihr **Viertes Stiftungsfest,** bestehend in musikalischer Unterhaltung, humoristischen Vorträgen, tierischen Aufführungen der „Freien Arbeiterkassette“, Spandau, großer Verlosung und Ball. Um zahlreichen Besuch bitten [1,95 Mk.] Die Bevollmächtigten.  
NB. Unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen tagen jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, dasselbst.

**Zahlstelle Wandsbek.**  
Wir machen die reisenden Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, daß das Vereins- und Gewerkschaftshaus, inf. Herberge, Sternstraße 27 (Inhaber O. Wichmann), vollständig neu renoviert und ausgestattet ist, und eruchen wir dieselben, dasselbe nach Bedarf in Anspruch zu nehmen. Auch eruchen wir die hiesigen Kollegen und Kolleginnen, dasselbe zu besuchen. [4,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.  
NB. Unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen tagen jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, dasselbst.

**Zahlstelle Wittberge.**  
Am Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, tagt unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Gb. Dannehl. Um vollzähliges Erscheinen bitten [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.